

INTERVIEW:

mit dem pakistanischen Wirtschafts- und Finanzminister Sartaj Aziz zu den Privatisierungsplänen und den angestrebten Wirtschaftsreformen der Regierung.

Welches sind die Hauptziele des pakistanischen Privatisierungsprogrammes?

Privatisierung ist eine wichtige Komponente in einer Wirtschaftspolitik die entworfen worden ist, um die Rolle des privaten Sektors in der Wirtschaft zu fördern und zu stärken. Dies bedeutet im Kern die Übertragung von Eigentumsrechten und des Managements staatlicher Unternehmen an den privaten Sektor mit dem Fernziel, auf diese Weise ihre Effizienz zu erhöhen, um dadurch wiederum die Entwicklung der Wirtschaft zu beschleunigen. Beseitigung unnötiger bürokratischer Kontrollen und Entflechtung der wirtschaftlichen Steuerung gehören ebenfalls zum Privatisierungsprozeß.

Welche Sektoren haben bei der Privatisierung Priorität?

Im Mittelpunkt steht die Schwerindustrie, aber die Privatisierung betrifft ebenso Wirtschaftsbereiche wie Energieerzeugung, Telekommunikation, Bahnverkehr, Schifffahrt, Fluggesellschaften, Banken, Versicherungen und Handel. Das Privatisierungsprogramm wird in mehreren Phasen umgesetzt. Für die Anfangsphase sind die 'Muslim Commercial Bank' (eine der größten Banken des Landes; Anm. d. Übers.) und weitere 45 Industrieunternehmen für die Privatisierung vorgesehen.

Wie gedenkt die Regierung auf die Einwände der Gewerkschaften gegenüber den Privatisierungsplänen zu reagieren?

Um die Interessen der in den zu privatisierenden Unternehmen Beschäftigten zu wahren, verlangt die Regierung von den Investoren die Garantie, daß im ersten Jahr niemand entlassen werden darf und die Beschäftigungsbedingungen nicht zum Nachteil der Belegschaft verändert werden dürfen. Daneben plant die Regierung unter anderem die Einrichtung eines Fonds, aus dem Umschulungsmaßnahmen und Fortbildungsprogramme finanziert werden sollen. Auf lange Sicht wird die Privatisierungspolitik durch wachsende Investitionsbereitschaft und beschleunigtes Wachstum im privaten Sektor neue Arbeitsplätze schaffen.

Glaubt denn die Regierung trotz des Ausfalls der Devisenüberweisungen pakistanischer Gastarbeiter aus der Golfregion, daß genügend privates Kapital für eine erfolgreiche Privatisierung vorhanden ist?

Für den Zeitraum 1990/91 wird erwartet, daß die Heimüberweisungen so hoch sind wie im Vorjahr. Verfügbarkeit privaten Kapitals wird im Privatisierungsprozeß kein größeres Problem sein. Dennoch ist nicht zu leugnen, daß die Lage auf dem Kapitalmarkt auf Geschwindigkeit und Umsetzung des Privatisierungsprogrammes Einfluß haben wird.

Wie will die Regierung dafür sorgen, daß durch die Privatisierung lediglich die Reichen noch reicher werden?

Aktien der betroffenen Unternehmen werden auch den Beschäftigten und der Öffentlichkeit angeboten, um Konzentrationen zu vermeiden. Das Entnationalisierungsprogramm wird bemüht sein, gerechte und breit gestreute Eigentumsformen zu gewährleisten. Steuern und andere Mittel werden eine bessere Verteilung von Einkommen und Vermögen sicherstellen. Daneben wird ein umfangreiches Programm zur Bekämpfung der Armut und für soziale Entwicklung mit den Schwerpunkten Ausbildung, Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, Umwelt und ländliche Entwicklung gestartet, um die Bedingungen der Armen und benachteiligter Regionen und Gruppen zu verbessern.

Sind Ihrer Meinung nach Börsen und Kapitalmärkte des Landes ausreichend entwickelt, um ein solch ehrgeiziges Programm umsetzen zu können?

Die Privatisierung soll ja in mehreren Schritten realisiert werden, was der gegenwärtige Kapitalmarkt durchaus in den Griff bekommen kann. Tatsächlich werden die Privatisierung von Banken und Kapitalanlagengesellschaften und die Freigabe der Zinsen die Kapitalmärkte noch stärken.

Sind Sie sicher, daß das öffentliche Vertrauen in die Langzeitwirkung dieser Maßnahmen groß genug ist? Was unternimmt die Regierung, um einer erneuten Verstaatlichung in Zukunft vorzubeugen?

Das Privatisierungsprogramm genießt breite politische Unterstützung, da die Verstaatlichung von Industrie, Banken und Versicherungen Anfang der 70er Jahre in den beiden vergangenen Jahrzehnten zu einer riesigen Verschwendung der Ressourcen des Landes geführt hat. Anstatt wie der Rest der Wirtschaft Jahr für Jahr Gewinne in Höhe von 15 bis 20 Prozent zu erwirtschaften, blieb das Plus dieser Unternehmen im Durchschnitt bei drei bis vier Prozent, was inflationsbereinigt realen Verlusten entspricht. Auch die übertriebene bürokratische Überwachung wirtschaftlicher Aktivitäten war für die Wirtschaft ein Hemmschuh. Deshalb stößt das Programm auf große Zustimmung, so daß wenigstens im Moment vorbeugende Maßnahmen gegenüber eventuellen Renationalisierungsbestrebungen überflüssig erscheinen. Gegebenenfalls muß darüber zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal nachgedacht werden.

Premierminister Nawaz Sharif nennt Dezentralisierung ein Hauptziel der Wirtschaftspolitik seiner Regierung. Bedeutet dies auch Personalabbau im Öffentlichen Dienst? Ist die Regierung auf die politischen Konsequenzen dieses Schrittes vorbereitet?

Die Dezentralisierung wird Dynamik und Wachstum der Wirtschaft erhöhen, was in der Privatwirtschaft neue Arbeitsplätze schafft. In der Übergangsphase kann es passieren, daß manche ihren Job verlieren, da die staatlichen Unternehmen personell überbesetzt sind. Aber wie bereits erwähnt wird im ersten Jahr noch niemand entlassen. Wer aber dann doch arbeitslos wird, erhält großzügige Beihilfen und kann Umschulungs- und Fortbildungsprogramme in Anspruch nehmen.

Das Interview erschien in der britischen Zeitschrift 'South'; Übersetzt von Jorge Scholz